

Essen steht AUF!

Informationen zur Kommunalpolitik

Nr. 17
Dezember 2012

herausgegeben von
Dietrich Keil, Ratscherr für „Essen steht AUF“

Spendenpreis 20 Cent

www.essen-steht-auf.de

| Aus dem Inhalt | |
|----------------------------------|---|
| Stadtplanung contra Bürgerwillen | 2 |
| Drogenhandel in Altdorf | 2 |
| Nein zu falschen Helden | 3 |
| Kray wehrt sich gegen NPD | 3 |

NEIN zur Haushaltspolitik der Stadt

Kahlschlag „light“ bleibt Kahlschlag

Kurz vor der Verabschiedung des Stadthaushalts 2013/14 am 28. November ist das Viererbündnis CDU/Grüne/FDP/EBB mit einer angeblichen Entschärfung des „Sparpakets“ ins Rennen gegangen. Gemeint ist der beispiellose Kahlschlag bei der Daseinsvorsorge und gesamten Lebensqualität durch die unsoziale Haushaltspolitik der Stadtspitze.

Mit über 4,6 Milliarden ist die Stadt Essen samt ihren Tochtergesellschaften verschuldet. Das sind über 8000 Euro pro Einwohner. Die Bürger sollen allein die Lasten der städtischen Finanzkrise tragen, während Essens Konzerne keinen zusätzlichen Cent beisteuern. Die Gewerbesteuer soll unangetastet bleiben. Für ihr Lieblingsprojekt, die Messe Essen, stehen über 100 Mio auf Pump bereit. Den Bürgern aber sollen fast 1000 Stellen bei der Stadt gestrichen werden. Stadtteilbibliotheken sollen weitgehend Öffnungszeiten abbauen. Die Volkshochschule soll viele Kurse und Veranstaltungen streichen. Bei der Folkwang-Musikschule entfallen hunderte Unterrichtsstunden. Mit der geplanten Schließung von sechs der neun Bürgerämter wird die viel gepriesene „Bürgernähe“ zu einer hohlen Phrase.

Das Viererbündnis will nun plötzlich die krassesten Auswüchse etwas zurückschrauben. Nur bei den Bibliotheken soll es bleiben wie bisher, um, wie die WAZ schreibt, diese „Bombe“ zu entschärfen, die sie selbst gelegt haben. **Was dem Bürgerbegehren zum Erhalt der Stadtbibliotheken den Boden entziehen soll, ist ein klarer Erfolg des Widerstands!**

Sonst bleibt es bei fast allen Entlassungen, nur die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle sollen der VHS oder Musikschule erstattet werden. Bei den Bürgerämtern soll nur die Hälfte entlassen werden, ohne Schließun-

gen wie behauptet, wird das nicht gehen. Das alles ändert nichts am unsozialen Kern der Haushaltspolitik. Die Kürzungspolitik ist der Preis dafür, dass die Stadt auf Mittel des „Stärkungspakts Kommunalfinzen“ der NRW-Regierung setzt mit dem Ziel, dadurch mal zu einem Haushaltsausgleich zu kommen, wo die Ausgaben nicht mehr die Einnahmen übersteigen wie seit über 25 Jahren. Dieses Kürzungsprogramm kommt aber noch obendrauf auf die Rasenmäher-Kürzungspolitik von Kämmerer Klieve in den letzten Jahren, die mit jährlich zwei Prozent Abstrich an den Ausgaben in fast allen Berei-



chen stur weiter betrieben wird. Dabei ist das Manöver von CDU, Grünen, FDP und EBB durchsichtig und mehr als scheinheilig. Mit ihrer Ratsmehrheit setzte diese unheilige Koalition genau diese Politik, z.B. den 1000-Stellen-Beschluß durch.

Diese Kahlschlagpolitik ist samt solcher Manöver grundsätzlich abzulehnen. Wir treten dafür ein, die steigenden Zinsen und Schuldenberge in Essen auf Kosten der Profiteure dieser Verschuldungspolitik, der Banken, abzutragen statt zu Lasten der Menschen! Es lohnt sich, dafür organisiert zu kämpfen – auch das zeigt der Entschärfungsversuch des Viererbündnisses.

Schluss mit der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung! Machen Sie mit bei „Essen steht AUF“!

Dietrich Keil

1. Dezember

Aktion am Weltklimatag in Essen

Für Samstag, den 1. Dezember, rufen der BUND Essen, Essen steht AUF, MLPD Essen und Bürgerbewegung für Kryorecycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz/NRW zu einer gemeinsamen Kundgebung auf der Porschekanzel/Marktkirche auf (11.30-13.00 Uhr mit Infoständen, Kurzreden und Diskussion am offenen Mikrofon).

Im Aufruf mit dem Titel „Rettet das Weltklima – es ist eine Minute vor zwölf!“ heißt es:

Der Weltklimatag wird 2012 von großen Teilen der weltweiten Umweltbewegung am 1. Dezember als Widerstandstag begangen. Er findet zeitgleich zu den offiziellen Klimakonferenzen Anfang Dezember statt, deren Scheitern seit Jahrzehnten unübersehbar ist. Unvergessen ist die große Konferenz in Kopenhagen im Dezember 2009, ein empörendes Schachern der Regierungschefs, bei dem nichts herauskam. Im Protest von fast 100 000 Umweltschützern wurde dort der Slogan „system change, not climate change“ populär als Ausdruck, dass dem herrschenden Kapital und seinen Regierungen nicht vertraut werden kann zur Rettung des Klimas. Denn der Anstieg der Treibhausgasemissionen setzt sich weltweit ungebrochen fort. Damit nimmt die Entwicklung einer globalen Klimakatastrophe immer mehr Gestalt an wie kürzlich mit dem „Monstersturm“ in der Karibik und an der US-Atlantikküste, der auf die Meereserwärmung zurückgeht.

(Mehr zum Thema auf Seite 4)

Stadtplanung in Essen:

Immer über die Köpfe der Bürger hinweg

Die Mieter von 10 Immeo-Reihenhäusern (früher Krupp Wohnungsbau) und ihre Nachbarn an der **Gummertstraße** (siehe Bild) erfahren durch die Zeitung, dass die Reihenhäuser abgerissen und die Grünflächen mit „Stadt villen“ neu bebaut werden sollen. Sie fürchten nicht nur um ihr Zuhause, sondern auch um die Nachbarschaft.

Die geplante Bebauung der „**Grünen Harfe**“ in Heidhausen sorgt viele Werdener Bürger nicht nur, weil ein Großteil der bisher landwirtschaftlich genutzten Grünfläche wegfallen soll. Vor allem wird der Verkehr im Werdener Nadelöhr zunehmen. Doch eine Lösung dafür wird verschleppt. Und es sollen mehr Wohneinheiten gebaut werden, als mit den Bürgern abgestimmt.

An der Rubensstraße steht das **Berufskolleg** seit Jahren leer. Viele Bürger fordern dort eine Grünanlage für Holsterhausen. Diese ist wichtig für Menschen, die nicht so lange Wege bergab und bergauf bis zur Gruga oder zum Kesselbach schaffen können. Eine Bürgerplanungswerkstatt hat erste Ergebnisse vorgelegt. Aber Verwaltung und die Mehrheit der Ratsparteien gehen darüber hinweg. Ihr Bebauungsplan sieht weniger Grün als bisher und einen großen Lebensmittelmarkt und weitere Geschäfte samt Parkplätzen vor.

Den neuen Fußballplatz in **Burgaltendorf** will die Verwaltung entgegen allen Ratschlägen u. a. vom BUND an der Burgstraße bauen. Bitten der Anwohner, die Anlage ein Stück von der Straße

zurück zu setzen, wurden übergangen. Die Quittung: Das Oberverwaltungsgericht Münster erklärte die Planung wegen großer Gebäude, großem Parkplatz und riesiger Lärmschutzwand im öffentlichen Grün für unzulässig.

Diese selbstherrliche und bürokratische Planung gegen den ausdrücklichen Willen und bessere Vorschläge der Bürger stößt überall auf Widerstand. „Essen steht AUF“ steht dabei an der Seite der Bürger und ihrer Interessen.

Gert Bierikoven

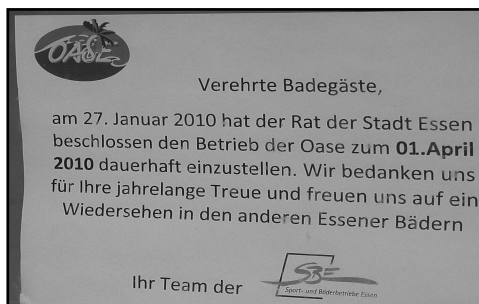


Oase-Abriss - Essen zeigt sein kinderfeindliches Gesicht

Kinderfreundlich will diese Stadt sein. Sie ist es nicht! Vor über zwei Jahren wurde das einzige Familien- und Freizeitbad in Essen geschlossen. Zwei Versuche, in Essen ein Freizeitbad zu etablieren, sind damit gescheitert. Dieses Scheitern ist für die Essener Bürger sehr teuer. Der nun beschlossene Abriss der Oase kostet über eine halbe Million € und wird 2 Mio. € Bausubstanz vernichten. OB Paß hatte vor der letzten Wahl den Erhalt der Oase versprochen: ein gebrochenes Wahlversprechen, das die SPD viele Stimmen kostet. Stattdessen wird der Aquapark in Oberhausen empfohlen. Aber der Besuch des Aquapark bedeutet lange Fahrzeiten mit mehrfachem Umsteigen, zusätzliche Fahrtkosten und viel höheren Eintritt. Auch bietet der Aquapark keine Sauna, die in der Oase besonders bei älteren Menschen sehr beliebt war. Es ist doch ein Armutszeugnis für die

Stadtpolitik, wenn sie die 570.000 Bewohner einer Großstadt an eine kleinere und noch höher verschuldete Nachbarstadt verweist, um ein Familien- und Freizeitbad zu besuchen.

„Essen steht AUF“ hat den Kampf der Initiative für die Wiederöffnung der Oase fast drei Jahre unterstützt. Wir werden auch weiterhin für ein Familien- und Freizeitbad in Essen eintreten.



Armut in Essen steigt

Essens unsoziale Haushaltspolitik der Umverteilung von unten hin zu den Konzernen und Banken zeigt Wirkung. Von den größten 15 deutschen Städten ist Essen die einzige, in der die Zahl der Einwohner, die von Hartz IV oder der Grundsicherung leben müssen, gestiegen ist! Das betrifft über 103000 Menschen, davon 21 529 unter 15 Jahren – fast ein Drittel aller Essener Kinder wächst in Armut auf. Über 13 000 Menschen müssen trotz Arbeit zum Jobcenter, weil sie von dem Einkommen nicht leben können.

Kann man ihnen ihre Wut darüber verdanken, dass gleichzeitig die beiden Herren Geschäftsführer der städtischen Sozialgesellschaft GSE sich satte 50 Prozent Gehaltserhöhung genehmigen lassen? Deren 170 000 Euro Jahresgehalt nennt Sozialdezernent Renzel „branchenüblich“. Beschämend, dass ein Gewerkschafter wie Verdi-Geschäftsführer Grüll das ebenfalls „in Ordnung“ findet. Diese Selbstbediener gehören gefeuert – die Essener Montagsdemo wählte sie zu den „Sozialräubern des Monats“.

Drogenhandel in Altendorf nicht unter Kontrolle!

Am 6. November hatte die Stadtteilgruppe von „Essen steht AUF“ in Altendorf zum Gespräch über den Drogenhandel eingeladen. Die Beobachtungen der anwesenden Altendorfer Bürger ergaben: Der Handel läuft weiter, meist in Nebenstraßen und meist in den Abend- und Nachtstunden. Die Behauptungen des Drogenreferats und der Polizei, der Handel sei im Griff und weniger geworden, wurden deshalb zurückgewiesen und als Augenwischerei bezeichnet. Leider hatte der eingeladene Vertreter des Drogenreferats abgesagt. Wir hätten uns gerne direkt mit ihm darüber auseinandergesetzt.

Es gab viele Vorschläge, was gegen den Drogenhandel gemacht werden müsste. Vor allem wurde Präsenz von Polizei und Ordnungsamt in den Nebenstraßen und den Abendstunden gefordert. Mehrere Bürger kritisierten, dass das Ordnungsamt wohl Zeit hat, morgens auf der Altendorfer Parksünder aufzuschreiben, aber nicht Streife durch die Nebenstraßen und Parkanlagen geht. Um auf das Problem weiter aufmerksam zu machen und konsequentere Maßnahmen der Stadt und Polizei zu fordern, sollen Unterschriften unter einen Offenen Brief gesammelt werden, sollen Sportvereine und Kirchengemeinden angesprochen werden.

Am 15. Dezember um 15 Uhr lädt die Stadtteilgruppe zum nächsten Treffen im „Helenenhof“ in der Helenenstraße 70 ein.

Nein zu falschen Helden!

Unter diesem Motto setzt sich im Südviertel eine Anwohnerinitiative der Von-Seeckt-Str. und der Von-Einem-Str., dafür ein, ihre Straßen in die früheren Namen Irmgard- und Ortrudstraße rückzubenennen. Zur Unterstützung hat sich ein Netzwerk gegründet, dem auch „Essen steht AUF“ angehört.

Vor genau 75 Jahren wurden die beiden Straßen während der Nazi-Diktatur in einem propagandistischen Willkürakt nach den Generälen von Einem und von Seeckt umbenannt. Nach zwei ausgewiesenen Antidemokraten, Gesinnungsgenossen und Wegbereitern des Hitler-Faschismus. Von Seeckt forderte nach dem

1. Weltkrieg die Vernichtung Polens. Der deutsche Faschismus überfiel Polen später und errichtete sein mörderisches Schreckensregime. Von Einem sah im Faschismus die Erfüllung seiner Weltanschauung.

Die zuständige Bezirksvertretung II hatte die Rückbenennung mehrheitlich beschlossen. Aber nun soll das undemokratisch sein, weil Anwohner, aber auch die bei der Abstimmung unterlegenen CDU, FDP und EBB dagegen sind! Mit ihrer Unterstützung sammelte ein Bürgerbegehren „ProVon“ genug Unterschriften für einen Bürgerentscheid im



von Seeckt und sein Idol

Bezirk, der nun am 3.2. stattfindet. Was von der Presse als überflüssig abgeurteilt wird, ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang. Mehr Demokratie ist allerdings nicht das wirkliche Motiv für das Engagement von CDU, FDP oder EBB in dieser Sache. Oder hat schon mal jemand davon gehört, dass diese Parteien dafür sind, erst mal die Bürger

zu fragen, bevor Beschlüsse über die Schließung von Sportstätten, Bürgerämtern oder Bibliotheken in ihrem Stadtbezirk gefasst werden? Es ist eine miese Streitkultur, den Befürwortern der Rückbenennung zu unterstellen, sie würden alle, die für die Beibehaltung der Straßennamen sind, als Befürworter des Faschismus verunglimpfen. Das dient nur dazu, die eigene rückwärtsgewandte und antikommunistische Gesinnung zu kaschieren, die letztlich den Faschismus verharmlost. Dieser Kritik möchten sich vor allem die politischen Befürworter der Aufhebung des

BV-Beschlusses nur ungern stellen.

Am 18. 11. fand als Auftakt zum Bürgerentscheid eine symbolische Rückbenennung durch die Unterstützer des Netzwerks statt. Weitere Informationen unter www.irmgard-und-ortrud.de

„Kray ist bunt“ ...

... unter diesem Motto hat sich in Kray ein runder Tisch zum Protest gegen den Landesitz der NPD im Stadtteil gegründet. Beteiligt sind ein breites Bündnis aus Kirchengemeinden, Parteien, antifaschistische Organisationen, Kindergärten, viele weitere, auch „Essen steht AUF“.

Vorausgegangen war eine gut besuchte Bürgerversammlung in Kray, eine eigene Anwohner-Initiative ist entstanden, eine Demonstration und ein buntes Straßenfest hat den Protest gegen die NPD-Landeszentrale in der Marienstraße auf die Straße getragen.

Die NSU-Morde sind bundesweit seit einem Jahr Gegenstand von Untersuchungsausschüssen. Fast täglich belegen neue Enthüllungen, wie die neofaschistische Gefahr durch den Staat nicht nur systematisch verharmlost wurde. Über den „Verfassungsschutz“ war man zumindest teilweise auch Mittäter.

„Faschismus ist keine Meinung, sondern

ein Verbrechen!“

In einer Emnid-Umfrage sprachen sich zuletzt 74 Prozent für ein Verbot der NPD aus.

„Essen steht AUF“ unterstützt das:

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 139 : „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Das Potsdamer hat Gültigkeit und legt fest: Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten.... Es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können...“

Für das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!



Termine, Veranstaltungen

jeden Montag, 18 Uhr,
Marktkirche (Porschekanzel):
Montagsdemonstration

Samstag, 1. Dezember, 18 Uhr, Kultursaal
Horster Mitte, Schmalhorststr. 1a, GE-Horst:

Großes internationales Solidaritätsfest zur finanziellen Unterstützung der 1. internationalen Bergarbeiterkonferenz vom 1. bis 3. März 2013 in Peru. Buffet, Tanz mit Liveband, Tombola, Filme, Bergarbeiterlieder und mehr, Eintritt 15 € (incl. Buffet), 10 € ermäßigt

Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Courage-Zentrum, Goldschmidtstr. 3:

Jahresabschlussfeier von „Essen steht AUF“ mit Kaffee und Kuchen, Geschenkbasar

Samstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte
Helenenhof, Helenenstr. 70

Die Stadtteilgruppe von „Essen steht AUF“ in Altendorf lädt zur Gesprächsrunde über den weiteren Kampf gegen den Drogenhandel im Stadtteil



Bündnis für alternative, unabhängige und fortschrittliche Kommunalpolitik

Goldschmidtstr. 3, 45127 Essen
Tel.: 8908210 oder 323800 (Urbat)

eMail:
vorstand@essen-steht-auf.de

Spendenkonto:
Nr. 313031, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

V.i.S.d.P.: D. Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen

Weltweite Klimakatastrophe droht

Am 26. November begann die 18. Weltklimakonferenz der UN im Emirat Katar. Im Vorfeld wurde an einem Bericht des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) deutlich, dass der Umschlag in eine globale Klimakatastrophe bereits begonnen hat.

Die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius sei wahrscheinlich nicht mehr einzuhalten, und eine Erhöhung um 4 Grad Celsius noch in diesem Jahrhundert immer wahrscheinlicher. Selbst die völlig unzureichende 2-Grad-Grenze soll erst 2015 vertraglich festgelegt werden. Damit wird die 2-Grad-Erwärmung des Weltklimas wohl deutlich früher erreicht, als bisher angenommen. Sie wirft mit zunehmenden Extremereignissen wie Hurrikanen, Starkregen- oder Dürreperioden ihre Schatten voraus. Solche Extreme würden bei 4 Grad Erderwärmung zur Normalität, warnt der Bericht des PIK.

Doch die 20 führenden Industrieländer setzen weiter auf Energieerzeugung aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe. Der Kohlendioxid-Ausstoß hat im letzten Jahr die Rekordsumme von 34 Milliarden Tonnen erreicht und soll laut Weltenergiebehörde IEA bis zum Ende des Jahrzehnts auf jährlich 40

Milliarden Tonnen anwachsen. Das hält die jährlichen Klimakonferenzen, die Politiker und Medien nicht davon ab, weiterhin verharmlosend von „Klimawandel“ zu reden, an den man sich anpassen könne und müsse. Auch die Stadt Essen geht diesen Weg neben einzelnen sinnvollen Maßnahmen mit ihrem „Energie- und Klimakonzept“. Schon wird die Losung verbreitet „Die 4-Grad-Welt verhindern“, so als ob 2 Grad Er-



derwärmung harmlos wäre. Gleichzeitig wird in Deutschland seit Monaten eine konzentrierte Kampagne ausgehend vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geführt. Sie soll die große Zustimmung in der Bevölkerung zur schnellen Umstellung auf erneuerbare Energien mit allen Mitteln zu kippen. Hauptsächlich soll das mit der Lüge erreicht werden, dass ein zu schneller Umstieg auf Erneuerbare schuld an drastischen Strompreissteigerungen sei.

Schuld daran ist jedoch die Preistreiber von

Konzernen und Staat. Im Jahr 2011 wurden laut IEA weltweit die fossilen Energieträger mit 523 Milliarden US-Dollar subventioniert (plus 30 Prozent), während es für erneuerbare Energien nur 88 Milliarden Dollar waren. Würden sich im Strompreis die Umweltlasten und Subventionen der fossilen Energieträger widerspiegeln, dann wären die erneuerbaren Energien schon heute viel billiger als Kohle, Öl und Gas.

Es müssen schnellstmöglich Maßnahmen durchgesetzt werden, die zu einer drastischen Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes führen. Das wird nur durch weltweiten organisierten Widerstand möglich sein. Prof. Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts, warnt vor einem Kollaps des komplexen Ökosystems der Erde, der die Lebensgrundlagen von hundert Millionen Menschen schon in diesem Jahrhundert in Frage stellt, und sagt: „Der einzige Weg, dies zu vermeiden, ist ein Bruch mit den vom Zeitalter fossiler Brennstoffe geprägten Mustern von Produktion und Konsum.“

Wenn man darunter den Bruch mit der kapitalistischen Profitwirtschaft versteht, wird es noch klappen.

Montagsdemo protestiert am ersten europäischen Generalstreiktag

Anlässlich des ersten europäischen Generalstreiktags am 14. November hatte die Essener Montagsdemonstration ihre 412. Kundgebung und Demonstration auf diesen Tag gelegt.

Über 80 Menschen nahmen daran teil. Bei der Auftaktkundgebung kritisierten viele Redner, dass der Generalstreiktag in vielen Medien bis auf Berichte aus Spanien, Portugal oder Frankreich kaum eine Rolle spielte. Streiks gab es auch in Belgien und Griechenland. In Polen und Bulgarien gab es Kundgebungen und Demonstrationen. In Spanien legte der 24-stündige Generalstreik ganze Wirtschaftsbereiche lahm. Ein Zentrum der Streikbeteiligung lag in den Großbetrieben. So stand die Produktion in den spanischen Autowerken von VW/Seat, Opel, Ford oder Nissan zu 100 Prozent still. Auffällig war die große Brutalität, mit der Polizei in Spanien, Portugal und Italien gegen die Streikenden vorging.

Essener Arbeiter und Gewerkschafter berichteten auf der Kundgebung der Montagsdemo vom Kampf gegen Leiharbeit und Niedriglohn, verstärkter Arbeitshetze und geplantem Arbeitsplatzabbau. Sie betonten, dass der Kampf um jeden Arbeits- und Ausbil-

dungsplatz vor allem in den großen Konzernen über Ländergrenzen hinweg und gegen eine Spaltung in Standorte geführt werden muss.

Nach der Demonstration durch die Innenstadt wurde auf der Abschlusskundgebung eine Solidaritätserklärung an die Ford-Kollegen aus Genk in Belgien verabschiedet. Diese führen einen harten Kampf gegen die drohende Werksschließung und suchen dabei den Zusammenschluss mit ihren deutschen Kollegen. Die Teilnehmer kritisierten in der Erklärung die Einkesselung der Kollegen durch die deutsche Polizei bei der Demonstration vor der Ford-Zentrale in Köln.

Der erste europaweite Generalstreiktag am 14. November war ein wichtiges Signal für den notwendigen länderübergreifenden Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, Verarmung und Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Viele Gewerkschafter an der Basis hätten sich eine stärkere Unterstützung des Generalstreiktags durch die Gewerkschaften in Deutschland gewünscht – bis hin zu Streiks.

Das wirft bei uns immer sofort die Forderung nach einem echten Streikrecht auf, denn Deutschland hat mit das rückschrittlichste



Streikrecht in Europa. Ein Generalstreik in Deutschland wäre als politischer Streik verboten! Die Forderung nach einem unkastrierten, umfassenden Streikrecht wird immer wichtiger und verbreitet sich immer mehr. Hier (<http://politischer-streik.de/>) kann man den „Wiesbadener Appell“ für ein umfassendes Streikrecht online unterstützen.

Miriam Urvat